

**Postulat Robert Meyer (SD): Dauerbaustelle Stadt Bern – die Berner brauchen eine Pause – 12-monatiges Baumoratorium!**

In der Stadt Bern wurde in den letzten Jahren eine Grossbaustelle durch die nächste abgelöst (Bahnhofplatz, Tram Bern-West, Neufeldtunnel, Neufeldstrasse, bald Wankdorfplatz usw. und sofort). Nichts gegen eine vernünftige Erneuerung der Infrastruktur, aber die andauernde, meist sehr lange und lärmige Bauerei, verbunden mit massiven Verkehrsbehinderungen, gehen den Bernerinnen und Bernern langsam aber sicher an die Nerven.

Der Postulant fordert deshalb:

Mit Ausnahme der bereits laufenden Bauprojekte ist in der Stadt Bern während 12 Monaten ein Moratorium für grössere Bauarbeiten zu erlassen.

Bern, 20. August 2009

*Postulat Robert Meyer (SD)*, Jimmy Hofer, Peter Bühler, Simon Glauser, Rudolf Friedli, Thomas Weil, Manfred Blaser

**Antwort des Gemeinderats**

Wenn im vorliegenden Postulat sinngemäss festgestellt wird, dass in Bern punkto Bautätigkeit in jüngster Zeit sehr viel los war, so trifft diese Beobachtung sicher zu. Der Gemeinderat sieht dies freilich keineswegs als Makel an, sondern vielmehr als begrüssenswerten Ausdruck der Dynamik, die seit einigen Jahren die Berner Stadtentwicklung kennzeichnet.

Ein Hauptgrund für die intensive Bautätigkeit der letzten Jahre ist der grosse Spardruck, der in den 1990er-Jahren die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand prägte: Sowohl die Stadt und ihre Werke als auch Kanton und Bund haben in der Vergangenheit den Werterhalt vernachlässigt. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben – diese Redensart gilt auch für den Unterhalt von Infrastrukturen: Alle Infrastrukturanlagen haben eine beschränkte Lebensdauer. Mit guten Unterhaltsmassnahmen lässt sich diese zwar verlängern, aber irgendwann wird der Zeitpunkt erreicht, an welchem bauliche Massnahmen unumgänglich werden. In der Stadt Bern war und ist dies beispielsweise bei der Kram-/Gerechtigkeitsgasse, beim Bahnhofplatz (inklusive Christoffelunterführung), bei der Spitalgasse, beim Hirschengraben, bei der Passetelle Bollwerk, sowie bei der Postgass-/Brunngasshalde der Fall. Der gleichen Notwendigkeit des Werterhalts unterliegen auch die Infrastrukturen der ausgelagerten öffentlichen Anstalten (BERNMOBIL, Energie Wasser Bern, Stadtbauten).

Daneben hatten neue Bedürfnisse und der an sich erfreuliche Stadtentwicklungsschub zur Folge, dass sehr viele Bauvorhaben gleichzeitig umgesetzt werden mussten - weil einerseits dringender Handlungsbedarf bestand bzw. besteht (z.B. Bahnhofplatz, Wankdorfplatz, Kehrichtverwertungsanlage), weil private Investitionen anstanden (z.B. Westside/Brünnen) oder aber weil Subventionsgeber fixe Terminvorgaben machten (z.B. Infrastrukturfonds für den Agglomerationsverkehr des Bundes). Bauvorhaben können letztlich auch durch veränderte

Bedürfnisse der Bevölkerung und/oder politische Vorstösse ausgelöst werden. Der Ursprung eines Bauvorhabens kann somit mehrere Gründe haben.

In der Stadt Bern werden sämtliche Bedürfnisse bzw. Bauvorhaben mit den städtischen Stellen und den andern im öffentlichen Raum tätigen Partnern - Bund, Kanton, ausgelagerte Anstalten, Telekomfirmen etc. - laufend punkto Umfang, Zeitpunkt, Synergien usw. koordiniert. Städtische Vorhaben werden entsprechend in der mittelfristigen Investitionsplanung angemeldet und die dafür nötigen Kredite bei den finanzkompetenten Behörden beantragt. Erst wenn der Gemeinderat, der Stadtrat und/oder die Stimmberechtigten die entsprechenden Kredite bewilligt haben, kann gebaut werden.

Vor diesem Hintergrund erachtet der Gemeinderat das vorgeschlagene Moratorium weder als sachlich gerechtfertigt noch als im Interesse der Stadtberner Bevölkerung liegend. Die Forderung nach einem Baumoratorium steht im Übrigen in diametralem Widerspruch zu Forderungen an die öffentliche Hand, der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit gesteigerter Investitionsstätigkeit zu begegnen. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb, das Postulat abzulehnen.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Durch das Aufschieben von werterhaltenden Massnahmen lässt sich kein Geld sparen. Im Gegenteil: Je länger Unterhaltsarbeiten aufgeschoben werden, desto kostspieliger wird erfahrungsgemäss die Instandstellung der betreffenden Infrastrukturanlagen.

#### **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 17. Februar 2010

Der Gemeinderat